

Immer mehr ernste Warnungen vor Langen Stromsperrn

geschrieben von Admin | 15. März 2024

Die Energiewende wird Deutschland 5 Billionen Euro kosten. Ein teurer Spaß, vor allem, wenn man bedenkt, dass Netzbetreiber vor drohenden häufigen und langen Stromabschaltungen wegen der Energiewende warnen.

von Manfred Haferburg

Wieder kommt – von den Medien wenig beachtet – eine neue Hiobsbotschaft auf den Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck zu. *Welt Online* titelt: *Stromnetz bis zu hundertmal im Jahr tot? Die neuen Zweifel am frühen Kohleausstieg*“.

Nun ist es nicht mehr „nur“ der baden-württembergische Netzbetreiber TransnetBW, der vor dem Netzzusammenbruch warnt. Es ist nicht mehr nur der Bundesrechnungshof, der dem Energiewendeschiff bescheinigt, gefährlich aufs Riff zuzulaufen. Nun warnt die Chefin des größten Verteilnetzbetreibers *Westenergie* vor großen Versorgungslücken. *Westenergie* versorgt rund acht Millionen Menschen im Westen Deutschlands mit Strom, Gas, Wasser und Internet. Mit einem Stromnetz von fast 200.000 Kilometern Länge gilt die Eon-Tochter als größter Verteilnetzbetreiber des Landes.

Welt Online schreibt: „*Katherina Reiche, Chefin des größten Verteilnetzbetreibers Deutschlands, warnt vor enormen Versorgungslücken im Stromnetz angesichts eines Kohleausstiegs bis 2030. In einem bestimmten Szenario seien bis zu hundert Abschaltungen im Jahr möglich, die bis zu 21 Stunden dauern könnten*“. Der Netzbetreiber hat die Wetterdaten der letzten dreißig Jahre ausgewertet und den Kraftwerksverschrotungsplänen der Bundesregierung gegenübergestellt.

Demnach könnten es im Jahresverlauf in dunklen, windstillen Phasen bis zu hundertmal zu Versorgungslücken kommen, die bis zu 21 Stunden dauern. Dies sei für ein Industrieland nicht hinnehmbar. Ob das nur für die Industrie hinnehmbar ist, da habe ich meine Zweifel. Da könnten auch die im Dunkeln und Kalten sitzenden Verbraucher unfroh reagieren und an der heilsbringenden Energiewende zweifeln.

Und was sagt die „Wissenschaft“?

Zu den leisen Kritikern des vorgezogenen Kohleausstiegs zählen auch drei ostdeutsche Ministerpräsidenten, Brandenburgs Dietmar Woidke (SPD), Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) und Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff. Sie fordern, das vorgezogene Kohle-Aus im Jahre 2030 schlicht zu streichen.

Umweltschutzorganisationen wie BUND und die Partei der Grünen pochen indes auf das frühe Ausstiegsdatum. „Wir Grüne im Bundestag wollen den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen“, heißt es auf der Website der Grünen Fraktion. Nach dem Willen der Regierungsparteien soll der Anteil von Strom aus Wind und Sonnenenergie bis zu diesem Zeitpunkt auf 80 Prozent gestiegen sein. Die schwarz-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat sich mit dem RWE-Konzern auf ein Ende der Kohleförderung im Rheinland, dem größten Braunkohlerevier Europas, bereits für das Jahr 2030 verständigt.

Was sagt denn nun die „Wissenschaft“ dazu, ob die deutsche Energiewirtschaft den Ausstieg aus Kernkraft, Kohle und Gas innerhalb weniger Jahre problemlos bewältigen kann? Dazu gibt es eine Vielzahl von Auftragsstudien mit unterschiedlichsten Ergebnissen. Die Analysen der Bundesnetzagentur und der Umweltverbände halten das Ziel unter hohen Kosten und der Bedingung, dass die Planziele der Regierung hinsichtlich des Ausbaus der erneuerbaren Energieträger und der Backup-Gaskraftwerke eingehalten werden, für erreichbar. Inzwischen hält aber sogar die Regierung diese Pläne für unrealisierbar und hat sie zum Teil kurzerhand halbiert.

Ungeheure Kosten

Die Betrachtungen der Netzbetreiber hingegen sehen die Verlässlichkeit der Stromversorgung in Deutschland grundsätzlich in Gefahr. Es gibt schlicht nicht die personellen, finanziellen und materiellen Ressourcen, die Pläne der Regierung hinsichtlich des Netzausbaus, des Baus der Backup-Gaskraftwerke, der Windräder und der Wasserstoff-Industrie in der zur Verfügung gestellten Zeit zu realisieren.

Leider hat sich die Ampel angewöhnt, die Brücken nach der Überquerung zu sprengen, wie bei der Kernenergie deutlich zu sehen ist. Der Rückweg soll unter allen Umständen versperrt werden, auch wenn sich eine Entscheidung später als Irrtum herausstellt. Nach der Devise „Not macht erfinderisch“ sollen dann wohl Energiespeicher herbeigezaubert werden. Beim Kohleausstieg hat man das Jahr 2030 auch im Habeck-Ministerium wohl schon längst beerdigt. Anders sind die Laufzeitverlängerungen bis nach 2031 nicht zu erklären, welche die Bundesnetzagentur den „Kohle-Netzreservekraftwerken“ gewährt hat.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute sehen zusätzlich ungeheure Kosten auf die Deutschen zurollen. Allein für die Ertüchtigung der Mittel- und Niederspannungsnetze werden jährlich 16 Milliarden Euro fällig. Die meist erdverlegten Niederspannungsnetze sind nämlich hinsichtlich ihrer Leitungsquerschnitte und ihrer Transformatoren nicht dafür ausgelegt, die hohe Anschlussleistung der vielen geplanten Wärmepumpen und Ladestationen für E-Autos zu versorgen.

Fünf Billionen Euro für die Energiewende

Aber auch hier lässt die Regierung schon die alten Brunnen zuschütten, bevor die neuen Wasser geben. Anders ist die Novelle §14 Energiewirtschaftsgesetz: *Regelungen zur Integration steuerbarer Verbrauchseinrichtungen* nicht zu erklären. Seit 1. Januar 2024 gilt: *„Ein Netzbetreiber darf nun den Anschluss von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen nicht mehr mit dem Hinweis auf mögliche Niederspannungsnetz-Engpässe verweigern“*. Notabene: obwohl die Netze nicht dafür geeignet sind, obwohl der Chef der Bundesnetz-agentur Müller selbst sagt: *„Auf einen schnellen Hochlauf ist der größte Teil der Nieder-spannungsnetze aktuell allerdings noch nicht ausgelegt. Die Netze müssen in hohem Tempo optimiert, digitalisiert und ausgebaut werden“*.

Welt Online schreibt: *„Eine Analyse im Auftrag des britischen Beratungsunternehmens Cornwall Insights verwies kürzlich zudem darauf, dass sich auch der Finanzspielraum der Bundesregierung für die Unterstützung von Gaskraftwerken verengt hat. Doch ohne Subventionen sind diese Stromerzeuger nach Angaben aus der Branche nicht rentabel zu betreiben.*

Fest steht, dass die Energiewende noch enorme Geldsummen verschlingen wird. Bis 2050 seien Investitionen von rund fünf Billionen Euro notwendig, um Deutschlands Klimaneutralität zu erreichen, sagte Reiche unter Berufung auf Daten des Prognoseinstituts und der bundeseigenen KfWBank. Davon entfalle der Großteil auf die Bereiche Mobilität, Industrie und Energie. Hauptsächlich durch die Elektrifizierung des Autofahrens (per E-Auto) und des Heizens (per Wärmepumpe) werde die Stromnachfrage auf absehbare Zeit um jährlich zwei bis drei Prozent zulegen.“

Verarmungsprogramm für Deutschland

Fünf Billionen Euro bis 2050? Sind das nicht fünftausend Milliarden Euro? Dann arbeitet das ganze Land in den nächsten 25 Jahren für nichts anderes mehr als die Umsetzung der Dekarbonisierungsfantasien der Grünen. Es muss eine ganze Speicherindustrie aufgebaut werden. Derzeit besitzt Deutschland Speicher mit der Kapazität von ein paar Gigawattstunden. Dies muss innerhalb weniger Jahre auf 91 Gigawattstunden erweitert werden. Das bedeutet eine Verdreizehnfachung der Speicherkapazität bis 2050. Technologisch und geologisch eignen sich derzeit für Deutschland aber leider nur Batteriespeicher. Das Material dafür muss aber wohl von einem anderen Stern geholt werden.

Es sollen für 60 Milliarden H2-Ready-Gaskraftwerke gebaut werden, die vorerst mit teurem Fracking-LNG aus den USA betrieben werden. Aber aus dem Erdgas wollen die Grünen ja auch baldmöglichst aussteigen. Die Unmöglichkeit der Umsetzung aller hochfliegenden Beglückungsideen der Grünen zur Weltrettung ergibt nur einen Sinn: Es ist ein

Verarmungsprogramm für Deutschland.

Dem letzten Satz des *Welt-Online*-Artikels habe ich nichts hinzuzufügen: *„Soll die Rechnung für eine sichere Stromversorgung aufgehen, muss gleichzeitig die Wasserstoff-Produktion von derzeit nahe null auf bis zu 40 Gigawatt hochgefahren werden – im Wesentlichen, um den Betrieb der Gaskraftwerke auch dann zu garantieren, wenn der nächste Ausstieg perfekt sein wird: der aus dem Erdgas“.*

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier